

## Wenn mehr als zwei sich streiten: Die Geschichte der Borchardt-Kontroverse um die Neubewertung der Weimarer Wirtschaft.

Christina Kock

### Info

Christina Kock studiert seit 2004 Geschichte und Germanistik an der Universität Bremen. Der Artikel beruht auf Ergebnissen einer Seminararbeit im Bachelor-Studium, die von Dr. Harald Wixforth begutachtet wurde. Haben Sie Fragen oder Anregungen an die Autorin? Sie erreichen sie per E-Mail: [csachs@uni-bremen.de](mailto:csachs@uni-bremen.de). Dieser Artikel ist auf der Internetseite des Projekts <http://www.bonjour-geschichte.de> veröffentlicht. Außerdem ist er dauerhaft über eine URN im Online-Angebot der Deutschen Nationalbibliothek abrufbar: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:46-00102232-12>



### Zusammenfassung

1979 veröffentlichte Knut Borchardt den Aufsatz „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“ und löste damit die nach ihm benannte Kontroverse aus. Über zwei Jahrzehnte debattierten die Kontrahenten mitunter erbittert über die Deflationspolitik Brünnings und die wirtschaftliche Vorgeschichte der großen Krise in den sogenannten „Goldenen Zwanziger Jahren“ der Weimarer Republik. Dieser Aufsatz erläutert die Thesen Borchardts und die Argumente seiner Befürworter und Gegner. Darüber hinaus wird erklärt, warum die Borchardt-Kontroverse sich durch ihre Dauer und den Grad der Emotionalität von anderen Debatten abhebt.

### Abstract

In 1979 Knut Borchardt published an article about „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“ („Predicaments and Scopes in the Great Depression. For a Revision of the Traditional Conception of History.“). Thereby he caused the controversy which was named after him. About two decades the opponents argued, sometimes fiercely, about Brüning's deflation policy and the economic prologue of the Weimar Republic in the so-called „Roaring Twenties“. This article explains the arguments of Borchardts and his supporters as well as those of his opponents. Beyond that it'll be explained, why the Borchardt-Controversy is distinguished from other ones by duration and level of emotionality.

Als im Frühsommer 2007 in den USA die Immobilienblase platzte, kehrte die Angst in die Köpfe der Menschen zurück. Ein Thema, das als historisch abgehandelt und verarbeitet galt, wurde plötzlich wieder aktuell: Die US-Immobilienkrise löste eine schwere, sich weltweit auswirkende Finanzkrise aus. Banken brachen zusammen, in den USA stieg die Arbeitslosigkeit dramatisch an, Europa geriet in eine Währungs- und Wirtschaftskrise. Die Folgen dauern bis heute an. Die Medien zogen schnell Vergleiche mit der anderen großen Krise, die sich ins kollektive Gedächtnis der westlichen Welt eingebrannt hat: die Weltwirtschaftskrise. Sie begann Ende der 1920er Jahre mit dem New Yorker Börsencrash, setzte sich in der Bankenkrise Anfang der 1930er Jahre fort und führte zu einer tiefen Rezession in Europa und den USA. Gerade wenn es um die Auslotung der politischen Handlungsspielräume ging, waren nun Historiker gefragt, die in Funk und Fernsehen erklärten, welche Lehren man aus der Geschichte ziehen sollte.<sup>1</sup>

Doch diese Debatte ist nicht neu. Bereits Knut Borchardt beschäftigte sich in seinem 1979 veröffentlichten Aufsatz und zwei weiteren Arbeiten mit den „Zwangslagen und Handlungsspielräumen“ der Politiker in der großen Weltwirtschaftskrise, genauer, mit dem Handeln der Regierung Brüning Anfang der 1930er Jahre in der Bankenkrise.<sup>2</sup> Wie der Untertitel seines Aufsatzes - „Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“<sup>3</sup> - aufzeigt, hatte Borchardt mit seinen Thesen Großes vor: Er wollte den Konsens auflösen, der bisher in der Geschichtswissenschaft über die Politik Brünings geherrscht hatte. Brüning habe mit seiner Deflationspolitik während der Weltwirtschaftskrise in den frühen 1930er Jahren den Krisenverlauf in Deutschland entscheidend verschärft und so Hitler den Weg geebnet. Die Entscheidung zur Deflationspolitik sei dabei frei gefallen und sollte in der Hauptsache im Sinne einer Erfüllungspolitik eine Teilrevision des Versailler Vertrages einleiten. Die zuletzt im Young-Plan thematisierten Reparationsverpflichtungen sollten nach langen Querelen endlich beseitigt werden. Dass Brüning mit dieser Akzentuierung seines politischen Handelns falsch gelegen hätte, darüber herrschte in der Geschichtswissenschaft bis weit in die 1970er Jahre hinein weitgehende Einigkeit.<sup>4</sup>

Borchardt stellte diesen Konsens in seinem Aufsatz durch zwei Thesen infrage, die später als die beiden Borchardt-Thesen bekannt geworden sind. Zum einen behauptete er, dass Brüning durch verschiedene Zwangslagen keine Alternative zur durchgeführten Deflationspolitik gehabt habe, weshalb sich seine persönliche politische Verantwortung in engeren Grenzen gehalten habe, als man es bisher annahm. Zum anderen zeigte er auf, dass die deutsche Wirtschaft bereits vor der Weltwirtschaftskrise durch Verteilungskonflikte geschwächt gewesen sei, weshalb sich die Krise in der Weimarer Republik besonders verheerend ausgewirkt habe.<sup>5</sup>

Spätestens der Wiederabdruck in seinem Sammelband 1982 löste eine wahre Flut von Beiträgen aus, die sich an seinen Thesen erzürnten. Doch was genau motivierte Borchardts Kollegen, in so eine Kontroverse einzusteigen? Was monierten sie im Einzelnen an seiner Vorgehensweise? Welchen Ton wählten sie für ihre Argumentation?

1 Zur Einführung vgl. Plumpe, Wirtschaftskrisen. Beispiel für Medienbeitrag: Wolff, Börsencrash 1929 und Weltwirtschaftskrise 2009.

2 Borchardt, Knut: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, erstmalig abgedruckt in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 1979, S. 85-132. Wiederabgedruckt in: Borchardt, Knut: Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165-182. Für diese Arbeit wurde der Wiederabdruck benutzt.

3 Ebd.

4 Vgl. Ebd., S. 165f.

5 Vgl. Ebd. Eine gute Zusammenfassung der Thesen liefert der Borchardt-Schüler Albrecht Ritschl, vgl. Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur, S. 14.

Und wer solidarisierte sich in der Kontroverse mit Borchardt, wie versuchten seine Befürworter, die Borchardt-Thesen zu verteidigen? Im Folgenden werde ich die Kontroverse nachzeichnen und darlegen, aus welchen Gründen die Borchardt-Thesen so vielfältige Reaktionen hervorriefen.

Hierfür gibt es zwei ganz wesentliche Erklärungen: Zum einen ist das Thema in der deutschen Geschichtsschreibung emotional besetzt, da es letztendlich um die Mitverantwortung für den Aufstieg der Nationalsozialisten geht. Zum anderen wurde Borchardt eine tagespolitische Motivation unterstellt, die er selbst in einem Zeitungsartikel zugab. So verwendete er das Modell der kumulierten Reallohnposition, das vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kurz zuvor ausgearbeitet wurde, in seiner Argumentation zur „kranken“ Wirtschaft der 1920er. Vergleiche mit dem Deutschland der späten 1970er taten sich auf, das in diesem Modell bei der Lohnkostenhöhe ähnlich schlecht abschnitt wie die Weimarer Republik. So kam der Verdacht auf, Borchardt wollte mit seiner „Revision“ lediglich tagespolitische Ideen durch die Hintertür thematisieren.<sup>6</sup> Zusätzlich zu diesen hauptsächlich Gründen wirkte die kontrafaktische Betrachtungsweise beider Positionen katalytisch auf den Kontroversenverlauf.<sup>7</sup>

Als erstes werde ich noch einmal näher auf Borchardts Aufsatz eingehen und seine Argumentation nachzeichnen. Die Beiträge der Kontroverse werden im Anschluss untersucht. Eine Wertung und ein kurzer Ausblick auf neue Perspektiven der Kontroverse runden die Arbeit ab.

### **Die zwei Borchardt-Thesen**

1979 veröffentlichte Knut Borchardt erstmals seinen Festvortrag vor der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der im Kern auf die folgenden beiden Thesen reduziert werden kann:

Durch die Belastungen, aber auch durch die Bindung an Gesetze und Verträge, war es während der Krise für die Regierung nicht möglich, Geld zu schöpfen oder zu leihen. Es gab keine Alternative zu der ausgeführten Deflationspolitik, weshalb Brüning's persönliches Verschulden nicht so hoch anzusetzen ist, wie es bisher getan wurde.

Deutschland befand sich zu Beginn der Weltwirtschaftskrise in keiner guten Ausgangslage, da die Wirtschaft in den 1920er Jahren durch Verteilungskonflikte, die durch unverhältnismäßige Lohnsteigerungen gekennzeichnet waren, geschwächt wurde.<sup>8</sup>

### **Die Zwangslagen während der Großen Krise**

Bisher, so konstatierte Borchardt, sei der drastische Verlauf der Krise in Brüning's Regierungszeit als vermeidbar angesehen worden, da seine Deflationspolitik diese unnötig verschärft habe. Brüning habe die Wahl zwischen expansiver Konjunkturpolitik und Deflationspolitik gehabt, sich aber für Letztere entschieden.. Diese freie Wahl der politischen Mittel stellte Borchardt infrage und versuchte im ersten Teil seines Aufsatzes die These zu belegen, dass Brüning's Politik aufgrund diverser Zwangslagen alternativlos war. Der Forschung warf er einen „rückwärtsgewandte[n] Problemlösungsoptimismus“<sup>9</sup> vor. Unter dem Eindruck der positiven konjunkturellen Entwicklung in den 1950er und 60er Jahren habe diese die Steuerung der Konjunktur auch schon in früheren Zeiten

6 Vgl. Ritschl, Knut Borchardts Interpretation der Weimarer Wirtschaft, S. 235f.

7 Siehe z.B.: Borchardt, Noch einmal: Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik?, S. 72.

8 Vgl. Borchardt, Zwangslagen; Ritschl, Deutschlands Krise und Konjunktur, S. 14.

9 Borchardt, Zwangslagen, S. 166.

für möglich gehalten und die grundsätzlich anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen nicht mit in eine Bewertung einbezogen. Der mögliche Zeitpunkt einer expansiven Konjunkturpolitik und die Frage nach der Verfügbarkeit der Mittel für diese erschienen Borchardt am wichtigsten.<sup>10</sup>

Borchardt legte zunächst dar, dass der Handlungsspielraum Brünings allein schon durch die zeitliche Komponente eingeschränkt gewesen sei. Denn bis in das Frühjahr 1931 hinein sei die Regierung von einem bis dato „normalen“ Krisenverlauf ausgegangen, war der Auffassung, dass sich die Lage ohne ein politisches Eingreifen von selbst wieder normalisieren würde, wie es in der Vergangenheit des öfteren geschehen sei. Erst diese Krise habe den Menschen die verhängnisvolle Eigenschaft eines Abschwungs vor Augen geführt, sich durch sich selbst zu vertiefen. Hinzu kämen politische Umstände wie der Zugewinn der NSDAP bei der Reichstagswahl vom September 1930. Weil Investoren und Banken sich vor einer politisch instabilen Situation gefürchtet hätten, seien große Kapitalsummen aus Deutschland abgezogen worden. Kredite seien teurer geworden, was sich wirtschaftlich negativ ausgewirkt und die Krise zusätzlich verschärft habe.<sup>11</sup> Ein Zwischenaufschwung nach der Wahl habe kurzzeitig Hoffnung auf ein Ende der Krise geweckt, diese Hoffnung zerschlug sich aber schnell, als im Sommer 1931 die Bankenkrise einsetzte. Erst jetzt sei klar geworden, dass diese Krise einen anderen Verlauf nehmen würde als die bisherigen, da sie strukturelle Ursachen hätte.<sup>12</sup> Laut Borchardt sei es zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät für eine expansive Konjunkturpolitik gewesen. Er betont, dass auch eine schnelle Umsetzung der hastig entwickelten Pläne die hohe Winterarbeitslosigkeit 1931/32 nicht mehr hätten verhindern können.<sup>13</sup> Damit negierte Borchardt bereits in den Ausführungen zu der zeitlichen Zwangslage jedwede Möglichkeit eines rechtzeitigen politischen Eingreifens zur Verhinderung der Winterarbeitslosigkeit und damit der Massenverelendung ganzer gesellschaftlicher Gruppen, unabhängig vom Vorhandensein der politischen Möglichkeiten oder des politischen Willens dazu.

Aber auch ein Außerachtlassen der zeitlichen Komponente bei Betrachtung der erstellten Pläne führe laut Borchardt zu demselben Ergebnis, da die darin erwähnten Mittel zur Geldbeschaffung während der Regierungszeit Brünings nicht zur Verfügung gestanden hätten. So hätte keiner der Vorschläge, die expansive Konjunkturpolitik durch Kredite bei der Reichsbank, durch Auslandskredite oder durch Geldschöpfung zu finanzieren, umgesetzt werden können. Bei den Reichsbankkrediten standen dem vertragliche Bestimmungen entgegen, da die Regierung seit der Inflation keine Kredite durch die Reichsbank mehr aufnehmen durfte. Das Reichsbankgesetz konnte Borchardt zufolge nicht ohne weiteres umgangen werden, da es einer internationalen Kontrolle durch den Young-Plan unterworfen war.<sup>14</sup>

Der Abschluss von Auslandskrediten sei durch politische Zwangslagen und Verstimmungen in den Beziehungen zu möglichen Kreditgebern verhindert worden. Zum Teil seien sie auch, wie zum Beispiel die USA oder Großbritannien, wegen der anhaltenden Weltwirtschaftskrise von vornherein ausgeschieden. Frankreich habe eine Unterstützung der deutschen Wirtschaft durch Kredite wegen der vorherrschenden Revisionsbestrebungen der Regierung Brüning ausgeschlossen. Unabhängig davon hätten mögliche Auslandskredite Frankreichs bei den politisch Handelnden für Unruhe gesorgt. Reichs-

10 Vgl. Ebd., S. 165f.

11 Vgl. Ebd., S. 167f.

12 Vgl. Ebd., S. 168f.

13 Vgl. Ebd., S. 170.

14 Vgl. Ebd.

präsident Hindenburg habe für diesen Fall sogar seinen Rücktritt angekündigt. Auch bei einer Zusage Frankreichs hätte es deshalb keine Mehrheit für eine Kreditnahme gegeben, da die Revision des Versailler Vertrags insbesondere der Reparationszahlungen nicht nur Brüning wichtiger schien, sondern auch der politischen Mehrheit.<sup>15</sup>

Die dritte vorgeschlagene Möglichkeit, eine durch Geldschöpfung finanzierte Konjunkturpolitik, sei laut Borchardt aus denselben vertraglichen Bestimmungen wie bei der Kreditnahme nicht möglich gewesen. Hinzu sei die Angst vor einer erneuten Inflation gekommen, da die Hyperinflation von 1923 durch Geldschöpfung hervorgerufen worden sei. Borchardt verleugnet an der Stelle nicht den politischen Willen, den Reparationsgläubigern die Zahlungsunfähigkeit zu demonstrieren und so die Reparationen zu revidieren. Allerdings geht er davon aus, dass Brüning hier keinen politischen Alleingang begangen habe, sondern durchaus eine Mehrheit hinter sich gehabt habe und eine gegenteilige Politik nicht hätte durchsetzen können, da es an Unterstützung gefehlt hätte.<sup>16</sup>

Borchardt bezweifelte, ob die einkalkulierten Mittel ohne diese von ihm angenommenen Zwangslagen für eine nachhaltige expansive Konjunkturpolitik gereicht hätten. Der Vergleich mit der wirtschaftlichen Lage und der Konjunkturpolitik der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 1970er Jahre, in der laut Borchardt ungleich größere Summen mit dennoch bescheidenem Erfolg für die Lage auf dem Arbeitsmarkt ausgegeben worden waren<sup>17</sup>, gab seinen späteren Kritikern einen Grund zu der Annahme, dass es Borchardt nicht nur um die Zwangslagen in der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik ging, sondern auch um den Nachweis, dass nachfrageorientierte konjunkturpolitische Programme allgemein wenig Wirkung zeigen, weder Anfang der 1930er Jahre noch 1975.<sup>18</sup> Auch die angenommenen Zwangslagen durch das Reichsbankgesetz<sup>19</sup> und durch die fehlende politische Unterstützung für Alternativen zur Deflationspolitik wirkten auf seine Kritiker unglaubwürdig. Gerade hier wurde ein nicht zu vernachlässigender Handlungsspielraum Brünings ausgemacht.<sup>20</sup> Borchardt indes vertiefte seine Argumentation noch, indem er die Zwangslagen während der Großen Krise vor dem Hintergrund einer Strukturkrise der 1920er Jahre betrachtete.

### **Die Krise vor der Krise**

Die politische Alternativlosigkeit in der Ära Brüning erkläre sich nach Borchardt aus der Kombination der Zwangslagen während der Krise und der wirtschaftlichen Vorgeschichte in den sogenannten „Goldenen Zwanziger Jahren“. Nicht nur, dass sich die Erholung der Wirtschaft nur mit Auslandskrediten vollzog und nicht aus sich selbst heraus, die Löhne seien nach der Inflation im Verhältnis zur Investitionstätigkeit unangemessen hoch gewesen. Die Investitionstätigkeit habe zwischen 1925-29 nie wieder das Vorkriegsniveau erreicht, demgegenüber stieg der private Verbrauch unverhältnismäßig. Bei der Arbeitsproduktivität zeichne sich ein ähnliches Bild ab. Diese erreichte ebenfalls bis Ende der 1920er nicht das Vorkriegsniveau, während die Löhne anstiegen. Die teure Arbeitskraft sei aufgrund der internationalen Preisentwicklung und festen Wechselkursen nicht auf die Preise umgeleitet worden, so dass Unternehmer weniger Investitionskapital zur Verfügung gehabt hätten. Diese Entwicklung habe sich schon

15 Vgl. Ebd., S. 171f.

16 Vgl. Ebd., S. 172f.

17 Vgl. Ebd., S. 173f.

18 Vgl. Krohn, „Ökonomische Zwangslagen“, S. 420f. Krohn unterstellt Borchardt hier, dass er staatliche Investitionen generell als wachstumshemmend ansehe.

19 Siehe z.B.: Holtfrerich, Zur Debatte, S. 123f; Plumpe, Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 344f.

20 Siehe z.B.: Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik.

vor der Weltwirtschaftskrise in den Arbeitslosenzahlen widergespiegelt.<sup>21</sup> Das Dilemma der Regierung Brüning werde vor diesem Hintergrund besonders deutlich, da es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet attraktiver erschien, den alten Zustand nicht wiederherzustellen. Vielmehr wurde die Krise auch als Chance begriffen, eine Systembereinigung und damit auch eine Angleichung der Löhne zu erreichen.<sup>22</sup>

Die Verantwortung dafür, dass diese Anpassung nicht vorher schon stattgefunden hatte, sieht Borchardt in aus ungleichen Positionen heraus ausgefochtenen Verteilungskämpfen. Die instabile Weimarer Republik habe ein Entgegenkommen der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften nötig gemacht, da die Stabilisierung der ungeliebten Republik durch Befriedung der sozialen Verhältnisse einer anarchischen politischen Situation zumindest in den Anfangsjahren vorgezogen worden sei. Nach der Inflation seien die hohen Löhne mehr ins Gewicht gefallen und hätten die Gewinne minimiert. Die Aufweichung des Lohnkonsenses seitens der Unternehmer sei von den Gewerkschaften nicht geduldet worden; die durchgeführten Zwangsschlichtungen hätten ihre Position bestärkt, weshalb bald von einem „Lohndiktat“<sup>23</sup> die Rede gewesen sei. Vor diesem Hintergrund sei die Politik Brünings anders zu bewerten, da kein Interesse daran bestanden habe, die Situation vor der Krise wieder herzustellen, weil diese ebenso von Zwangslagen bestimmt gewesen sei.<sup>24</sup>

Die Berechnungen, die Borchardt zur Stützung seiner These der zu hohen Löhne angeführt hat, sind vielfach angezweifelt worden. Das hat mehrere Gründe: Zum einen dienen Borchardt als Grundlage für die meisten Berechnungen die Angaben von W. G. Hoffmann.<sup>25</sup> Er räumt ein, dass zum Beispiel bei den Nettoinvestitionen „diese Angaben mit einigen Unsicherheiten behaftet sind“<sup>26</sup>, was Anlass zu der Frage gab, inwieweit eine unsichere Datenbasis überhaupt zur Stützung einer These geeignet ist.<sup>27</sup> Ein weiterer Grund ist die Verwendung des Modells der kumulierten Reallohnposition, was wiederum als Hinweis auf einen tagespolitischen Zusammenhang verstanden werden kann, da es als Berechnungsmodell für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland entwickelt wurde. Borchardt selbst stellt diesen Zusammenhang her:

*„[...]daß die Kurve dicht bei der Null-Linie verläuft, solange sich die durchschnittlichen Reallöhne etwa in dem Umfang verändern, in dem sich die gesamtwirtschaftliche Produktion verändert. Von 1950-1970 war dies in der Bundesrepublik weitgehend der Fall. Bemerkenswerterweise ergab sich nach 1970 ein Anstieg, der auffällig mit dem seitherigen Rückgang der Investitionsquote übereinstimmt.“<sup>28</sup>*

Auch wenn Borchardt in diesem Aufsatz nicht explizit darauf hinweist, dass er die Lohnhöhe in der Bundesrepublik Deutschland in den 1970ern als wachstumshemmend ansieht, sie also für den Rückgang der Investitionsquote verantwortlich sei, so schlussfolgerten seine Kritiker dies aus solchen Passagen.<sup>29</sup> Hinzu kommt, dass er wegen feh-

21 Vgl. Borchardt, Zwangslagen, S. 174-178.

22 Vgl. Ebd., S. 179.

23 Ebd., S. 181.

24 Vgl. Ebd., S. 180ff.

25 Hoffmann u.a., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft.

26 Borchardt, Zwangslagen, S. 280, Anm. 67.

27 Vgl. Krohn, „Ökonomische Zwangslagen“, S. 417; Köhler: Revision, S. 166.

28 Borchardt, Zwangslagen, S. 177.

29 Siehe z.B. Voth, Wages, Investment and the Fate, S. 266; vgl. Ritschl, Knut Borchardts Interpretation der Weimarer Wirtschaft, S. 237f.

lender Daten auf vereinfachte Berechnungen zurückgreift, was seine Argumentation angreifbar macht.<sup>30</sup>

Die Kontroverse entwickelte sich also anhand zweier Streitpunkte: Einerseits störte die Kritiker, dass die Mitverantwortlichkeit des Politikers Brünings am Nationalsozialismus in Borchardts Thesen durch schicksalhafte Ereignisse abgelöst werde, für die niemand etwas könne und eine Alternativlosigkeit auch in Bereichen angenommen werde, in denen es noch Entscheidungsmöglichkeiten gegeben habe. Andererseits monierten sie, dass Borchardt zu hohe Löhne als Ursache der gestörten Weimarer Wirtschaft ausgemacht habe, ohne andere Gründe in Betracht zu ziehen, was den Verdacht nährte, dass hier auf tagespolitische Zusammenhänge verwiesen werden sollte. Im Folgenden wird dargelegt, was die Gegner der Borchardt-Thesen in die Kontroverse einbrachten und wie Borchardt und seine Befürworter auf die Kritik reagierten.

## Die Kontroverse

### **Kritik: Holtfrerich, Plumpe, Voth, Krohn und Köhler**

Carl-Ludwig Holtfrerich ist als einer der frühesten und beharrlichsten Widersacher Borchardts anzusehen; er veröffentlichte diverse Diskussionsbeiträge, in denen er immer neue Argumente in die Kontroverse einführte und in denen er sowohl geschichts- als auch wirtschaftswissenschaftliche Ansätze vertrat. Hans-Joachim Voth und Gottfried Plumpe bereiteten im Wesentlichen die selben Argumente neu auf oder ergänzten sie um neue Aspekte. Manche Beiträge gehen auf die Ursachen der Kontroverse ein, was dafür spricht, dass sie selbst die Teilnehmer als außergewöhnlich wahrnahmen.<sup>31</sup>

Der erste Beitrag Holtfrerichs von 1982 setzt sich ausschließlich mit der ersten Borchardt-These auf einer geschichtswissenschaftlichen Ebene auseinander. Mit zahlreichen Quellenbelegen versucht er die Alternativen Brünings nachzuweisen, die ihm nicht durch Zwangslagen versperrt gewesen seien, sondern die er durch aktive politische Entscheidungen ausgeschlossen habe. Er beansprucht für sich ein anderes Geschichtsverständnis, in dem politische Entscheidungsträger den Verlauf der Geschichte tatkräftig mit beeinflussen und somit auch als Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen werden können. Auch in einer derart prekären Lage habe ein Regierungsverantwortlicher wie Brüning eine gewisse Entscheidungsgewalt. Über diese Entscheidungen könne die Nachwelt urteilen.<sup>32</sup> Die von Borchardt konstatierten Zwangslagen wirken dagegen auf ihn wie ein Übertragen der Verantwortung auf die Begleitumstände. Diese Verantwortung schließt für Holtfrerich die Mitschuld an der Machtergreifung Hitlers ein: „Borchardt spricht Brüning von historischer Schuld für das „Schreckliche“ der Krise und für das Ende von Weimar frei.“<sup>33</sup>

Im weiteren Verlauf versucht Holtfrerich zu belegen, dass es insbesondere nach der Bankenkrise sehr wohl Personen in Brünings engeren politischen Umfeld gab, die Vorschläge für eine alternative Politik machten. So zitiert er aus diversen Quellen wie zum Beispiel aus Denkschriften oder Plänen von dem Oberregierungsrat Wilhelm Lautenbach, Hans Schäffer, dem engsten Berater Brünings, oder etwa vom Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Ernst Wagemann. Diese und andere Personen hätten Brüning zur Abkehr von einer Deflationspolitik geraten und in ihren Plänen auch Wege zur Fi-

30 Vgl. Borchardt, Zwangslagen, S 281, Anm. 72. Auf diese Fußnote stützt sich auch Köhlers Zweifel am Modell: vgl. Köhler, Revision, S. 170f.

31 Siehe z.B. Voth, Wages, Investment and the Fate, S. 265f.; Holtfrerich, Zur Debatte, S. 128.

32 Vgl. Holtfrerich, Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik, S. 613f.

33 Ebd., S. 612.

nanzierung von einem Konjunkturprogramm aufgezeigt. Holtfrerich weist auch darauf hin, dass die Angst vor einer Inflation als unbegründet zurückgewiesen worden sei, sie also nicht unbedingt als weiteres Hindernis für eine alternative Politik gedient habe.<sup>34</sup> Es könne also keine Rede davon sein, dass Brüning für seinen Deflationskurs ungeteilte Unterstützung erhalten habe. Vielmehr habe er alternative Strategien, die ihm vorgeschlagen worden seien, bewusst abgelehnt, da er für sich eine andere Priorität gesetzt habe: Die Streichung der Reparationen und die Haushaltskonsolidierung habe an erster Stelle gestanden.<sup>35</sup> Die Deflationspolitik habe er nicht aus einer Zwangslage heraus durchgeführt, sondern aus persönlicher Überzeugung, was wiederum seine persönliche Verantwortung vergrößere.<sup>36</sup>

Die angebliche Alternativlosigkeit Brünings thematisiert auch Plumpe in seinem Beitrag von 1985, allerdings greift er andere Aspekte der Argumentation auf: Er argumentiert, dass die Handelnden sich auch an anderer Stelle, beispielsweise bei der Bankensanierung, nicht an alle Regeln gehalten hätten, man das Reichsbankgesetz für eine Abwertung oder für andere Geldbeschaffungsmaßnahmen deshalb nicht als wirkliche Zwangslage bezeichnen sollte, die unüberwindbar gewesen sei. Man hielte sich vielmehr aus anderen Gründen so strikt an das Gesetz:<sup>37</sup>

*„[...]und die maßlos übertriebene Anwendung angeblich unabweislicher Vorschriften erfolgte doch nicht aus Vertragstreue. Sie sollte den Gläubigern demonstrieren, wohin die Reparationen führten. Das Motiv war also nicht bedingungslose Erfüllungspolitik. Im Gegenteil, die vermeintliche Erfüllungspolitik gehörte zur Strategie im Kampf um die Streichung der Reparationen.“<sup>38</sup>*

Die Reparationen hätten laut Plumpe die Prioritäten verschoben.<sup>39</sup> Verschiedene Prioritäten in Erwägung ziehen zu können, bedeutet aber auch, eine gewisse Entscheidungsfreiheit zu haben und in seinen Handlungsspielräumen nicht völlig eingeeengt zu sein, was, wie bei Holtfrerich, auf eine persönliche Schuld Brünings hinweist. Ein weiterer Punkt, den Plumpe thematisiert, ist die Inflationsangst, die bei Borchardt noch als Zwangslage angesehen wird. Plumpe aber geht davon aus, dass Brüning diese bewusst geschürt habe, um alternative Vorschläge in der Öffentlichkeit abzuwehren und die Deflationspolitik weiterzuführen.<sup>40</sup> Plumpe zieht insgesamt ein ähnliches Fazit wie Holtfrerich und betont die persönliche Schuld Brünings am Aufstieg der Nationalsozialisten:

*„Brünings Scheitern war nicht zwangsläufig, ebensowenig wie seine Wirtschafts- und Sozialpolitik alternativlos, die auch ohne Absicht wesentliche Wegbereiterfunktionen für die Errichtung der Diktatur besaß.“<sup>41</sup>*

Wurden also bei der ersten These Borchardts hauptsächlich die behaupteten Zwangslagen angezweifelt und damit die Entlastung Brünings in der Schuldfrage um den Aufstieg Hitlers, ging es parallel in der Auseinandersetzung mit der zweiten These um den tagespolitischen Kontext. So versuchten die Gegner Borchardts das Argument der zu

34 Vgl. Ebd., S. 620-626.

35 Vgl. Ebd., S. 628ff.

36 Vgl. Ebd., S. 615.

37 Vgl. Plumpe, Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 343f.

38 Ebd., S. 343.

39 Ebd., S. 339f.

40 Vgl. Ebd., S. 351f.

41 Ebd., S. 356.

hohen Löhne als Ursache der Investitionsschwäche in der Weimarer Wirtschaft zu widerlegen und machten stattdessen andere Ursachen für die Strukturprobleme der Weimarer Wirtschaft aus.

Holtfrerich zieht in einem Aufsatz von 1984 die Berechnungen Borchardts zur Kostenneutralität der Löhne in Zweifel und geht davon aus, dass diese aufgrund einer falschen Datenbasis zustande gekommen seien. Denn bei den Berechnungen zur Arbeitsproduktivität je Beschäftigtem, die auch in das Modell der kumulierten Reallohnposition eingeflossen ist, habe Borchardt nicht die verringerte Arbeitszeit nach dem Krieg berücksichtigt; nach Holtfrerichs Berechnungen habe die Arbeitsproduktivität wesentlich höher gelegen, als es Borchardt darlegte.<sup>42</sup> Des Weiteren weist er darauf hin, dass Borchardts Berechnungen nicht zu hohe Löhne nachweisen, sondern eine schlechte Wirtschaftslage mit niedriger Investitionstätigkeit und hoher Arbeitslosigkeit aufzeigen. In diesem Fall spiegeln sie auch die enorme Zunahme an Gehaltsempfängern nach der Inflation wieder, da viele Privatiers nach Verlust ihres Kapitals wieder arbeiten mussten.<sup>43</sup>

Holtfrerich zieht dasselbe Fazit wie Borchardt, was auch Voth nicht entgeht:<sup>44</sup> Die Wirtschaft in der Weimarer Republik litt unter Strukturschwächen. Dass Holtfrerich der Weg zu diesem Ergebnis so wichtig war, hat zwei Gründe. Einerseits bedeute eine andere Ursache, dass eine andere Lösung vonnöten wäre. Er konstatiert einen neuen Mittelstand, der konsumiert, aber nicht investiert habe. Holtfrerich schlägt vor, dass dieser durch Anreize oder durch Zwang zum Investieren hätte gebracht werden müssen.<sup>45</sup> Andererseits weist die Vehemenz, mit der Borchardt angegangen wurde, obwohl sich im Ergebnis beide einig waren, auf die Brisanz und damit auf den tagespolitischen Zusammenhang des Argumentes der zu hohen Löhne hin.

Auch Plumpe und Voth sind sich im Resultat mit Borchardt einig, nicht aber in den Ursachen. Voth ergänzt in seiner Untersuchung von 1995 die möglichen Ursachen der Investitionsschwäche mit der Behauptung, dass diese durch zu hohe Zinsen verursacht worden sei, wodurch die Nachfrage nach Kapital ab Mitte der 1920er Jahre nachgelassen habe.<sup>46</sup> Plumpe behauptet sogar, dass aufgrund der zahlreichen Schwierigkeiten, die durch internationale politische Fehlanpassungen nach dem Ersten Weltkrieg entstanden seien, im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise zu viel investiert worden sei. Zu hohe Löhne seien deshalb nicht für eine Investitionsschwäche in der Weimarer Wirtschaft verantwortlich gewesen.<sup>47</sup>

Die Beiträge von Claus-Dieter Krohn und Henning Köhler wurden in der Kontroverse seltener inhaltlich aufgegriffen, die Gründe hierfür sind vielfältig.

Krohn spricht in seinem Aufsatz von 1982 ganz am Anfang gleich von der Einleitung einer „konservative[n] Trendwende“<sup>48</sup> Dann zweifelt er die Verwendbarkeit der Datenbasis von Hoffmann an, da diese ungenau sei. Obwohl Borchardt auf diese Ungenauigkeiten hinweist, unterstellt ihm Krohn das Gegenteil<sup>49</sup>, was, wie Borchardt ein Jahr später in seiner Replik bemerkt, auf eine unzureichende Auseinandersetzung mit seiner Darstellung hinweise.<sup>50</sup> Oftmals muss seine Argumentation ohne genaue Belege aus-

42 Vgl. Holtfrerich, Löhne, S. 126f.

43 Vgl. Ebd., S. 134-139.

44 Vgl. Voth, Wages, Investment and the Fate, S. 270.

45 Vgl. Holtfrerich, Löhne, S. 140f.

46 Vgl. Voth, Did High Wages, S. 818.

47 Vgl. Plumpe, Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise, S. 333.

48 Krohn, „Ökonomische Zwangslagen“, S. 415.

49 Vgl. Ebd., S. 417.

50 Vgl. Borchardt, Zum Scheitern eines produktiven Diskurses, S. 125.

kommen, was sie für den Leser schwerer nachvollziehbar macht. Folglich geht dann das Argument zum Reichsbankgesetz unter, das zum Beispiel auch von Holtfrerich aufgegriffen wurde.<sup>51</sup> Sein Urteil über Borchardt ist eindeutig:

*„Borchardts Glorifizierung der „wahrhaft heroisch durchgestandenen Bereinigung“ durch die Brünningsche Politik scheint verbal recht nahe an die konservativen Ordnungsmuster der damaligen Zeit heranzukommen, die mit der Ablehnung aktiver Konjunkturpolitik im Grunde das republikanische System meinten.“<sup>52</sup>*

Des Weiteren sieht Krohn in Borchardts Wortwahl Kontinuitäten mit der von ihm so genannten älteren Historiographie, die die Machtergreifung Hitlers als schicksalhafte Begebenheit deklarierte, die sich ereignete, ohne das ein Eingreifen oder ein Umschwenken möglich gewesen wäre.<sup>53</sup> Am Ende seiner Ausführungen spricht er dem entworfenen ökonomischen Modell wegen der liberalen Ausrichtung seines Entwicklers die Analysefähigkeiten für die Probleme der Weimarer Republik ab, ohne aber selbst verwertbare Alternativen zu entwickeln.<sup>54</sup>

Köhlers Diskussionsbeitrag zu den Borchardt-Thesen von 1983 fällt ähnlich ablehnend aus, auch hier sind die Schlussfolgerungen für den Leser schwer nachzuvollziehen. So unterstellt er Borchardt anfangs, das er nicht wie ein Historiker argumentiere und nicht besonders vertraut sei mit der Forschung zur Weimarer Republik, womit er ihm seine Urteilsfähigkeit abspricht. Auch wirft er Borchardt die Verwendung der Hoffmann-Daten unter anderem deswegen vor, da es als Historiker schwer sei, sowohl diese als auch Borchardts Berechnungen nachzuvollziehen.<sup>55</sup> Und schon wie bei Krohn findet man bei Köhler Argumente, die später beispielsweise Holtfrerich wieder aufgreift, wie Borchardts verzerrte Darstellung der Arbeitsproduktivität durch Einführung des Achtstundentages nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>56</sup> Im Fokus standen jedoch andere Argumentationsstränge. Als Beispiel ist hier angeführt, wie Karl Dietrich Erdmann, ein Verteidiger der Borchardt-Thesen, angegangen wird:

*„Karl Dietrich Erdmann hat zwar angesichts der Thesen B.s bekannt, daß diese bei ihm den Eindruck erweckt hätten: ‚Es war schlechterdings nichts zu machen. Die Weimarer Republik war zu ihrem Untergang verurteilt.‘ Dieses Urteil kennzeichnet jedoch primär nur die gering ausgebildete Fähigkeit Erdmanns zur kritischen Analyse [...]“<sup>57</sup>*

Die beiden Beiträge von Krohn und Köhler trugen inhaltlich also insgesamt wenig zur Kontroverse bei. Sie erscheinen dem Leser emotional aufgeladen durch den tagespolitischen Zusammenhang bei der These von den zu hohen Löhnen. Die Aufmerksamkeit der Teilnehmer wurde so von den fundierten Argumenten abgelenkt, diese gingen in die Kontroverse ein, ohne dass die Urheber genannt wurden. Was die Kontroverse nach der Stellungnahme der Kritiker am Laufen hielt, waren die Erwiderungen der Verteidiger Borchardts und die Antworten von Borchardt selbst.

51 Vgl. Krohn, „Ökonomische Zwangslagen“, S. 424.

52 Ebd., S. 425.

53 Vgl. Ebd., S. 425.

54 Vgl. Ebd., S. 426.

55 Vgl. Köhler, Revision, S. 166.

56 Vgl. Ebd., S. 170.

57 Ebd., S. 172.

**Verteidigung: Borchardt, Ritschl und von Kruedener**

Borchardt, dessen Thesen Auslöser der Kontroverse waren, versucht diese in zwei Beiträgen zu verteidigen. Die Replik auf Krohns Beitrag zeigt das Unverständnis Borchardts angesichts des Verlaufs der Debatte:

*„Was aber tun, wenn der Kritiker ein höchst eigentümliches Bild von den Arbeiten entwirft, denen er widerspricht? Wenn er den Inhalt nicht richtig wiedergibt, wesentliche Thesen nicht erwähnt, den Zusammenhang der Fragestellungen nicht herstellt, dafür aber eine Fülle von Vermutungen äußert, Behauptungen vorbringt und jedenfalls der Verständigung zunächst so viel Schutt in den Weg legt, daß das Aufräumen mühsam wird und möglicherweise den Leser ermüdet, bevor die wirklich wichtigen Dissenspunkte behandelt werden können?“<sup>58</sup>*

Borchardt weist Krohns Kritik vollständig zurück und unterstellt ihm, dass er sich nicht sorgfältig genug mit seinen Thesen auseinandergesetzt habe, da er anscheinend auf eine gekürzte Fassung seines Aufsatzes zurückgegriffen habe, die einige Anmerkungen nicht enthalte.<sup>59</sup> Aus diesem Grund hält er auch die Anmerkungen zu seinen Berechnungen für falsch bzw. für nicht ausreichend belegt, was er zum Beispiel an der Studie zu den I.G. Farben festmacht, die Krohn vorlegt, um die Ausführungen Borchardts zur Lohn- und Produktivitätsentwicklung zu widerlegen. Nicht nur, dass die Aussagekraft einer Studie, die sich ausschließlich auf die I.G. Farben beschränkt, starken Grenzen unterliege. Krohn habe sie auch nicht allgemein nachprüfbar gemacht.<sup>60</sup> Vollständig verwehrt er sich Krohns politischen „Unterstellungen“ und Zuschreibungen und bezeichnet die von ihm konstruierten Zusammenhänge als unangemessene Wertungen.<sup>61</sup>

Auch Holtfrerichs Kritik versucht er komplett zu widerlegen, allerdings nicht in so einem scharfen Ton, wie Krohn gegenüber. Dabei geht er ausschließlich auf den geschichtswissenschaftlichen Ansatz ein und stellt zur Diskussion, inwieweit der aktive Wille zur Deflationspolitik überhaupt für die Beurteilung des politischen Handelns Brünnings zählt angesichts dessen, dass eine anderweitige Politik ab der Verschärfung der Situation durch die Bankenkrise im Sommer 1931 nichts mehr genutzt hätte.<sup>62</sup> Als zweiten Einwand trägt er vor, dass die Quellenbelege Holtfrerichs für eine Erschütterung der These, Brünnings politisches Umfeld habe hinter der Deflationspolitik gestanden, nicht ausreichten. Um diesen Einwand zu bekräftigen, setzt er sich in seiner Argumentation dezidiert mit Holtfrerichs vorgetragenen Belegen auseinander.<sup>63</sup>

Der Borchardt-Schüler Albrecht Ritschl beteiligt sich an der Diskussion erstmals 1990 ausführlich mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Replik auf Holtfrerichs Thesen, wobei er Zweifel gegenüber dessen Ausführungen zur Lohnkostenentwicklung aufgrund der von Holtfrerich verwendeten Daten hegt. Die Vergleiche mit anderen Schätzungen und die Veränderung des Basisjahres würden ein anderes Bild ergeben und die Zweifel an Holtfrerichs Ausführungen nähren. Ritschl weist jedoch auf zwei wesentliche Schwierigkeiten hin, die vermuten lassen, dass sich in der Frage, ob es zu hohe Löhne gab oder nicht, niemals ein Konsens bilden wird. Erstens seien die bisher erzielten Ergebnisse wesentlich von der Auswahl des Datenmaterials abhängig. Zweitens seien die

58 Vgl. Borchardt, Zum Scheitern eines produktiven Diskurses, S. 124.

59 Vgl. Ebd., S. 125. Die gekürzte Fassung ist erschienen in: Stürmer, M.(Hrsg.): Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein/Ts. 1980, S. 287-339.

60 Vgl. Ebd., S. 131.

61 Vgl. Ebd., S. 135.

62 Vgl. Borchardt, Noch einmal: Alternativen zu Brünnings Wirtschaftspolitik?, S. 70ff.

63 Vgl. Ebd., S. 75-82.

Aussagegrenzen eng mit den methodischen Grenzen des Materials verknüpft, an die er stoße.<sup>64</sup>

Jürgen von Kruedener bringt bei seiner Verteidigung Borchardts von 1985 weitere Aspekte mit ein. So verwehrt er sich gegen den Vorwurf, dass Borchardt als Mittel gegen die Strukturkrise in der Weimarer Republik die Senkung der Löhne im Blick gehabt hätte. Borchardt habe ja gerade auf unausweichliche Zwangslagen hingewiesen und auf den Zwiespalt bei den Verteilungskämpfen. Als Alternative zur Lohnerhöhung habe er die Radikalisierung der betroffenen Gesellschaftsgruppen gesehen.<sup>65</sup> Der Sozialstaat der Weimarer Zeit sei also mit der Befriedung dieser Gesellschaftsgruppen überfordert gewesen.<sup>66</sup>

### Fazit und Ausblick

Wie dargelegt wurde, gab es mehrere Auslöser für den Beginn der Borchardt-Kontroverse, die in den Thesen innewohnte. Darüber hinaus gab es einige katalytische Faktoren, die die Diskussionen nicht abbrechen ließen. Die erste These Borchardts von den Zwangslagen während der Regierungszeit Brünings steht parallel zu der ersten These dieser Arbeit. Die Diskussionsteilnehmer störten sich an der Relativierung von Brünings politischer Verantwortung für das Ende der Weimarer Republik. Die Brisanz, die das Thema in der deutschen Geschichte einnimmt, kann als Ursache für die Vehemenz der Beiträge gelten. Konsequenter hängt die zweite These Borchardts von der Krise vor der Weltwirtschaftskrise mit der zweiten These dieses Aufsatzes vom Störfaktor des tagespolitischen Kontextes zusammen: Borchardts Kritiker nahmen an, dass er seine Ausführungen zu den zu hohen Löhnen auf die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1970er Jahre übertragen wollte, was die Hemmschwelle zum Diskussionsbeitritt weiter heruntersetzte.

Für den Fortgang der Kontroverse und der mangelnden Konsensbildung bis heute zeichnen sich mehrere Faktoren verantwortlich. Zum einen verlieren sich die Beiträge aufgrund der kontrafaktischen Argumentationsweise. Da über diese Spekulationen keine abschließende Beweisführung erbracht werden kann, können die unterschiedlichen Positionen nur in Zweifel gezogen, aber nicht vollständig zum Einsturz gebracht werden. Zum anderen basieren die vorhandenen Datengrundlagen auf unterschiedlichen Schätzungen; die Ergebnisse unterscheiden sich je nachdem, welche man seiner Untersuchung zugrunde legt.

Eine abschließende Klärung ist anhand dieser Basis nicht zu erwarten, obwohl Ritschl in seiner Arbeit aus dem Jahr 2001 das Gegenteil behauptet und darüber hinaus neue Zusammenhänge deutlich macht, die seiner Meinung nach bisher keine Berücksichtigung fanden. Danach seien die innenpolitischen Zwangslagen bisher zu wenig mit den außenpolitischen Zwangslagen, namentlich dem Young-Plan, verknüpft worden. Er fordert eine Berücksichtigung der verschiedenen Reparationsregimes bei der Bewertung der inneren Schuldenkrise, da diese mit der Kreditnahme unter dem Dawes-Plan und der Kreditabzüge unter dem Young-Plan zusammenhinge. Nach Ritschl befand sich Brüning demnach in einem doppelten Zwiespalt:<sup>67</sup>

64 Vgl. Ritschl, Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik?, S. 400f.

65 Vgl. Kruedener, Überforderung der Weimarer Republik, S. 359.

66 Vgl. Ebd., S. 375f.

67 Vgl. Ritschl, Interpretation, S. 243f.

*„Gefangen zu sein zwischen außenpolitischer Staatsräson und der Schaffung einer innenpolitischen Legitimationsbasis, dieses Dilemma hat im Kern die Zwangslagen und Handlungsspielräume der deutschen Wirtschaftspolitik seit den Anfängen der Weimarer Republik bestimmt.“<sup>68</sup>*

Bisher hat ihm noch niemand widersprochen.

<sup>68</sup> Ebd. S. 244.

## Quellen und Literatur

- Borchardt, Knut: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre. Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: Borchardt, Knut: Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165–182.
- Borchardt, Knut: Noch einmal: Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik? In: Historische Zeitschrift 237 (1983), S. 67–83.
- Borchardt, Knut: Zum Scheitern eines produktiven Diskurses über das Scheitern der Weimarer Republik: Replik auf Claus-Dieter Krohns Diskussionsbemerkungen, in: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 9 (1983), S. 124–137.
- Hoffmann, Walther G. u.a.: Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts: mit 325 Tabellen, Berlin u.a. 1965.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig: Alternativen zu Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise? In: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 605–631.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig: Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Bemerkungen zur Borchardt-These, in: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 10 (1984), S. 122–141.
- Holtfrerich, Carl-Ludwig: Zur Debatte über die deutsche Wirtschaftspolitik von Weimar zu Hitler, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), S. 119–132.
- Köhler, Henning: K. Borchardts „Revision des überlieferten Geschichtsbildes“ der Wirtschaftspolitik in der Großen Krise – Eine Zwangsvorstellung? In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 19 (1983), S. 164–180.
- Krohn, Claus-Dieter: „Ökonomische Zwangslagen“ und das Scheitern der Weimarer Republik. Zu Knut Borchardts Analyse der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 8 (1982), S. 415–426.
- Kruedener, Jürgen von: Die Überforderung der Weimarer Republik als Sozialstaat, in: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 11 (1985), S. 358–376.
- Plumpe, Gottfried: Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise. Realität und Alternativen, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 326–357.
- Plumpe, Werner: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010.
- Ritschl, Albrecht: Zu hohe Löhne in der Weimarer Republik? Eine Auseinandersetzung mit Holtfrerichs Berechnungen zur Lohnposition der Arbeiterschaft 1925–1932, in: Geschichte und Gesellschaft: Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 16 (1990), S. 375–402.

- Ritschl, Albrecht: Knut Borchardts Interpretation der Weimarer Wirtschaft. Zur Geschichte und Wirkung einer wirtschaftsgeschichtlichen Kontroverse, in: Elvert, Jürgen, Krauß, Susanne (Hgg.): Historische Debatten und Kontroverse im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumstagung der Ranke-Gesellschaft in Essen, 2001, Stuttgart 2003, S. 234–244.
- Ritschl, Albrecht: Deutschlands Krise und Konjunktur 1924- 1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre, Berlin 2002.
- Voth, Hans-Joachim: Wages, Investment and the Fate of the Weimar Republic: A Longterm Perspective, in: German History 11 (1993), S. 265–292.
- Voth, Hans-Joachim: Did High Wages or High Interest Bring down the Weimar Republic? In: Journal of Economic History 55 (1995), S. 801–821.
- Wolff, Tillman: Börsencrash 1929 und Weltwirtschaftskrise 2009. Ein Vergleich (Artikel zur Sendung Quarks & Co vom 19.05.2009, 21.00 – 21.45 Uhr, WDR), online in: [http://www.wdr.de/tv/quarks/sendungsbeitraege/2009/0519/006\\_geld2.jsp](http://www.wdr.de/tv/quarks/sendungsbeitraege/2009/0519/006_geld2.jsp), Stand: 20.12.2010.